

Kurt Hübner, Nikolaus Lobkowicz, Hermann Lübke, Gerard Radnitzky (Hrsg.): *Die politische Herausforderung der Wissenschaft. Gegen eine ideologisch verplante Forschung*, 226 S. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag 1976

„Der Band enthält in revidierter Fassung die wichtigsten Referate der in der Öffentlichkeit ungewöhnlich stark beachteten Tagung des Arbeitskreises ‚Wissenschaftsforschung in der BRD‘ im März 1976 in München“ (Titelblatt). Unter dieser Ankündigung wird eine Reihe von wissenschaftstheoretischen und universitätspolitischen Stellungnahmen vorgestellt, die sich gegen eine Zweckausrichtung (Finalisierung)

und/oder Lenkung sowohl der Wissenschaft (Grundlagenforschung und/oder Technologie) als auch der Wissenschaftstheorie/Wissenschaftsforschung aussprechen. Hierbei ist die Auswahl der Angriffspunkte ebenso heterogen wie die Argumentationsstrategien, die Terminologien und der jeweilige Anteil an Polemik, so daß die Beiträge schwerlich unter einem wissenschaftstheoretischen Etikett zu subsumieren wären.

Auf dem Buch lastet eine doppelte Hypothek. Erstens ist die durch eine ungestaltete Pressekampagne verzerrte Darstellung der Problemlage in der Öffentlichkeit zu rechtzurücken, wobei die Beiträge sich implizit auf diese öffentliche Diskussion als Testfeld beziehen konnten, da ja die potentiellen Mißverständnisse für die Referenten in ihrer Möglichkeit de re zu erkennen waren – Mißverständnisse, denen durch besondere Differenzierung an den neuralgischen Punkten der Beiträge zu begegnen wäre. Die zweite Hypothek ergibt sich durch den Anspruch, philosophische Argumentationen in die Öffentlichkeit zu tragen. Aus Frankreich ist die Situation bekannt, daß neben der sich vornehm zurückhaltenden und vorwiegend historisch orientierten akademischen Philosophie (daher) jeweils eine zweite Tagesphilosophie die Feuilletons beherrscht, die heruntergekommene Fragmente der ersteren als neueste Mode des geistigen Lebens, sei es jener Strukturalismus, sei es die „Nouvelle Philosophie“, mit Erfolg ausgibt. Um so mehr wäre vorliegendes Unternehmen zu begrüßen: Geht es doch davon aus, „Argumente in einer Sprache vortragen zu sollen, welche auch Nichtwissenschaftlern verständlich ist. Dies birgt naturgemäß

die Gefahr von Vereinfachungen, die als Polemik mißverstanden werden können“ (Lobkowitz, S.10). Polemik ist durchaus zu begrüßen, soweit sie – quasi als Katalysator – das Verstehen begünstigt. Zu fragen ist jedoch, inwieweit bei der herrschenden Diskussionslage Vereinfachungen jene Funktion erfüllen. Diese Frage richtet sich insbesondere an die Grundsatzartikel der Publikation: Deren allgemeinste Basis ist die von *Albert* vorgestellte Dichotomie zwischen dem Wahrheitsbegriff „im Darstellungssinne“ und einer Konsensustheorie der Wahrheit. Folgt man der letzteren, so führe dies zu einem Primat der Politik resp. der Praxis, wie es von den Ideologen als Forderung erhoben würde. Jene Ablehnung der Idee einer objektiven Wahrheit verwechsle den motivationalen Charakter von Bedürfnissen mit konstitutiven Faktoren wissenschaftlichen Fortschritts, involviere eine *Reduktion* der Wissenschaftsarten auf praktische Interessen und führe zur Illusion, daß man „durch Akzentuierung praktisch-technischer oder politisch-moralischer Gesichtspunkte den Erkenntnisfortschritt fördern und in eine bestimmte Richtung lenken könne“ (S. 157). Der kognitive Bereich werde durch solcherlei Wissenschaftsauffassung mit dem sozialen konfundiert – eine totalitäre Konfusion *Lübbe*, S. 20), denn zur Vermeidung einer sozialen Kontingenz muß jene Wissenschaftsauffassung sich historizistisch selbstprivilegieren, d. h. ihre eigene soziale Kontingenz durch ein zugrunde gelegtes Geschichtsmodell zu absoluter Instanz stilisieren (S.22). Sogar der russische Marxismus habe eine solidere erkenntnistheoretische Grundlage als jene Wissenschafts-

auffassung, da er den Wahrheitsbegriff im Darstellungssinne beibehalten habe (*Radnitzky*, S.28). Es folge aus solcherlei Ansprüchen die „Einschränkung des Allgemeingültigkeitsanspruches wissenschaftlicher Gesetze und die Entwicklung der Naturwissenschaft zur normativen Wissenschaft“, wie sie etwa die „Finalisten“ (hier *Böhme*) forderten (S.33). „Besser als die Linkliberalen“ (sic!) bringe der Marxist *J.G. Crowther* dies auf die Formel, daß der Wert einer Inquisition davon abhängt, ob sie zugunsten einer reaktionären oder einer progressiven Führungsklasse ausgeübt werde (*Radnitzky*, S.42).

Jener heterogene Gegner aus russischem Marxismus, Neomarxismus, Finalismusverfechtern läßt sich dann nur noch unter dem Oberbegriff „Kritische Wissenschaftsphilosophie“ zusammenfassen, deren Struktur *Lübbe* analysiert und deren Gegner, wie er zeigt, schwerlich jener positivistisch halbierte Rationalismus („Positivismus“) sein könne, da dieser kaum im Namen politischer Ideologien „dienstverpflichtet“ werden könne – eben aufgrund seiner politischen Abstinenz. Wie *Lobkowitz* darstellt, sind vielmehr diejenigen, die auf der Wirksamkeit erkenntnisleitender Interessen insistieren, dazu genötigt, diesen den Charakter von transzendentalen Postulaten zuzuweisen, da jene historisch nicht rekonstruierbar sind. *Lobkowitz* führt dabei eine kennzeichnende Komplexitätsreduktion durch: Erkenntnisleitende Interessen könnten erstens besagen, daß Wissenschaftler auch außerwissenschaftlichen Interessen bei ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit folgen, zweitens, daß der empirisch auszumachende Umstand vor-

liege, daß Wissenschaft extern gesteuert wird, was ebenfalls trivial sei; schließlich könne drittens damit gemeint sein, daß man die interessegeleitete Genesis von Theorien kennen müsse, um über deren Geltung zu entscheiden, was natürlich falsch ist. Bleibt schließlich nur die Möglichkeit, daß es sich bei diesen Interessen um Gesichtspunkte der Forscher handelt, Perspektiven, deren Ontologisierung oder Transzendentalisierung nur von einer einseitigen Metaphysik menschlicher Existenz zeuge, und über deren theoretische Variabilität man sich nur durch das Primat der Praxis als oberste Prämisse des Habermasschen Ansatzes auf der Basis eines hierdurch bestimmten Geschichtsbildes hinwegsetzen könne (S.63).

In dieser Aufstellung wird jenes Problemfeld nicht thematisiert, das auch im Rahmen der analytischen Philosophie dazu geführt hat, über die Dichotomie zwischen Wahrheitsbegriff im Darstellungssinne und Konsensustheorie hinauszugehen: Die Frage nach Adäquatheit und Legitimation von *Methoden* und *Standards*, die durch die Kuhn-Popper-Lakatos-Diskussion auf einen neuen Boden gestellt wurde. Mit Recht insistiert Albert (S. 154) auf der Unterscheidung zwischen Wahrheitsbegriff, Wahrheitskriterium und Wahrheitsgarantie. Doch dann müßte von dieser Warte aus möglich sein, das Problem in seiner realen Komplexität zu diskutieren: Zu fragen, wie durch die Methodenideale, die Terminologien, die Rahmenvorstellungen vom Gegenstandsbereich, über die der Konsens der Forscher in einem Paradigma entscheidet, jene Darstellungsidee in ihrem Objektivitätsanspruch *relativiert* wird, d. h. nicht auf eine Ebe-

ne sozialer Kontingenz *reduziert*, und auch nicht als durch jene *determiniert* vorgestellt wird. Die Dichotomie *Wahrheitsbegriff* im Darstellungssinne und *Konsensustheorie* hätte dadurch unterlaufen und die Frage auf das Problem gelenkt werden können, wie die Antizipation der Möglichkeitsspielräume von Resultaten durch Methoden gerechtfertigt werden kann. Es ist zu bedauern, daß jene von Kuhn aufgerissene Problematik im vorliegenden Band insgesamt zu kurz kommt. In den Beiträgen von *Andersson* und *Radnitzky* wird jene zwar als Basis der Finalisierungstheorie erwähnt, jedoch unter anderem Gesichtspunkt: Radnitzky verweist auf Parallelen zwischen Kuhns Normalphase der *paradigma-*geleiteten Forschung und der Phase der Theorievervollkommnung bei den „Finalisten“, die intern determiniert ist, und bringt die als nachfolgend angenommene Finalisierungsphase der Wissenschaft in problematischer Parallelisierung mit der Bernalschen marxistischen These einer sozialen Bestimmtheit von Erkenntnisfortschritten in Zusammenhang. Dann ist es natürlich bis zu Lyssenko resp. der deutschen Physik nicht mehr weit. Was jedoch von den „Finalisten“ nicht behauptet wurde, ist, daß die „objektive“ (Albert) *Gültigkeit* dieses Erkenntnisfortschrittes sozialhistorisch bestimmt sei, und was vielmehr hätte thematisiert werden müssen, ist, daß sehr wohl ein irgendwie legitimer Konsens der Forscher über das weitere methodische (instrumentelle, selektive etc.) Vorgehen gerade bei der Ausdifferenzierung von Theorien notwendig ist, einem Unterfangen, das steigend Interdisziplinarität, Arbeit in großen Teams

und breiten Aufwand fordert. Mit Kuhn kritisiert *Andersson* den unglücklichen Topos der „Finalisten“ von der „Abgeschlossenheit von Theorien“. Tatsächlich kann im ontologischen Sinne kaum eine Theorie als abgeschlossen gelten, sondern kann lediglich eine faktische Theoriebildung pragmatisch unter bestimmten Gesichtspunkten als abgeschlossen betrachtet werden, während vom Geltungsaspekt her eher eine „Hydratheorie der Wissenschaft“ den Erkenntnisprozeß beschreibt.

Jene pragmatische Ebene der Forschung wurde in weiteren Beiträgen auf den beiden möglichen Ebenen vorgenommen: Entweder wird die faktische Problemlage rekonstruiert und auf die fehlenden Legitimationen hingewiesen resp. mögliche Legitimationen angeboten. So kritisiert *Topitsch* die Vulgärformen gewisser Dialektikauffassungen, die zu solcherlei Rechtfertigungen herangezogen werden; *Schramm* liefert interessante Widerlegungen des Letitimationsargumentes, daß wesentliche Fortschritte der Naturwissenschaft und Mathematik in Antertum und Neuzeit auf soziale Ursprünge zurückzuführen seien; insbesondere seine Kritik an oft zitierten Standardbeispielen Lancelot Hogbens aus dem Altertum sowie an Bernals Newtonkapitel entfaltet auch dem Laien die Vielschichtigkeit des Problems. *Lübbe* verweist darauf, daß jene scheiternden Normbegründungsverfahren überführt werden müßten in Normbeschlußverfahren dazu ermächtigter Instanzen (S.19). Problematischer ist jedoch die zweite Haltung zum Problem: Angesichts der faktischen Verhaftung der Wissenschaft im gesellschaftlichen Rah-

men wird in utopischer Verabsolutierung eine Wertfreiheit gefordert. So postuliert *Diemer* (S.191): „Eine Wissenschaft ist gesund, wenn zweierlei gilt: 1. sie darf nicht gesteuert sein (werden), 2. sie darf nicht vororientiert und nicht nachgesteuert sein (werden).“ Die „Krankheiten der Wissenschaft“ lägen in ihrer Politisierung, der Pädagogisierung und der Administrativierung. Neben die Wertfreiheit im Sinne der Max Weberschen Bewertungsfreiheit tritt also noch die Forderung nach Wertvorentscheidungs-freiheit. Die Forderung scheint überspitzt, übersieht sie doch das Postulat, das an jede Steuerungsleistung seriös gestellt werden kann: Sie muß die Differenzierung und Eigenkomplexität eines Systems (in diesem Fall der Wissenschaft) so erhöhen, daß es der Komplexität seiner Umwelt angepaßt ist (was die Wissenschaft durch Erhöhung ihres Interdisziplinaritätsgrades, großer geplanter Forschungsunternehmen etc. im Bereich der Industrie sowohl wie der Universitäten längst tut), und andererseits – und hierin liegt das berechtigte Anliegen – die Organisation überschaubar halten. Da der epistemische Nutzen von Forschung (gemeint ist wohl Grundlagenforschung) nicht prognostizierbar sei, müssen, so meint *Watrin* (S.205f.), die selbstverantworteten Handlungsräume des Einzelnen an der Universität erhalten und gegenüber der demokratischen Mitbestimmung die Selbstbestimmung verstärkt werden. Dies, so scheint es, ist allenfalls für manche Bereiche der Geisteswissenschaften ein reales Postulat, das jedoch wohl keine Basis mehr hat in den erwähnten hochkomplexen Natur- und Sozialwissenschaften. Eher wäre *Tenbruck* zuzustimmen,

daß „die Universitäten nicht der Durchregulierung (bedürfen), sondern des Schnittes, der Gliederung und Ausgliederung, der Beschränkung, in der Forschung nicht auswuchern, aber sich entfalten kann“ (S.220), ein Argument, das sehr stark an das Selektionsargument der Verfechter einer Finalisierungsphase erinnert, allerdings mit der Einschränkung, daß hier, wie Topitsch es der Dialektik vorwirft, es in einem „erhabenen wie *unkontrollierten* Hell-Dunkel belassen wird“ (S.161) – das „Wie“ nämlich mit seinen Legitimationserfordernissen. Wertvolle Differenzierungen werden von *Hübner* und *Sachsse* in die Diskussion eingebracht, denn beide spalten die Fragestellung bezüglich der Grundlagenforschung einerseits und der Technologie andererseits auf. Für erstere zeigt *Hübner*, daß das gesellschaftspolitische Interesse höchstens eine unter mehreren in der Grundlagenforschung wirksamen Komponenten ist und Technik sich darauf richte, analog hierzu „praktische umfassende Zusammenhänge“ herzustellen und die einzelnen Teile zu einem „ausgewogenen Ganzen zu ordnen“ habe, wobei jedoch hätte herausgestellt werden müssen, daß gerade hier die Ausgewogenheit erst im Lichte einer externen Funktion als solche erscheint – sonst hat man es mit den Phantasiemaschinen der Documenta zu tun. *Sachsse* insistiert auf der historischen Kontingenz der gesellschaftlichen Bedürfnisse und verweist demgegenüber auf das „Neugierverhalten“ als „anthropologische Konstante“. Schließlich ist zu begrüßen, daß einige in der Diskussion oft übersehene Einzeldisziplinen zur Sprache kommen: *Poser* wendet sich gegen eine

Instrumentalisierung der Mathematik, wobei das Spektrum von deren plumper Verkürzung auf Anwendbarkeit im Bremer Modell über eine nicht mögliche Finalisierung bis zur Reduzierung auf intersubjektive Praxis im Begründungsverfahren der Erlanger Schule durch einen zirkulären Praxisbegriff diskutiert wird; *Becker* kritisiert, daß die ökonomische These vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit angesichts der komplexen realen Situation keine empirische Basis habe, wogegen doch Empirismus und Liberalismus wechselseitig füreinander in der Abwehr des Dogmatismus konstitutiv seien. *Orth* stellt die interessante These auf, daß durch den Bildungseffekt die Geisteswissenschaften ihre Außenbestimmtheit selbst bestimmen, sozusagen als Echoeffekt (S.118), und damit auch eine Funktion für den Paradigmawechsel bekommen; *Pögeler* fordert angesichts der Ideologisierungsfahr der Geisteswissenschaften eine auf diese gerichtete Forschungspolitik, die in großen Sonderforschungsbereichen etwa den Verlust der Geschichte zu kompensieren habe, da die alte Humboldtuniversität der Vergangenheit angehöre und die Geisteswissenschaften in institutionelle Verflechtung mit gesellschaftlichen Instanzen getreten seien.

Bei dem zu begrüßenden pädagogischen Impetus des Buches ist insgesamt jedoch zu bedauern, daß die Kontroverse zum Paradigmbegriff zugunsten Popperscher Wissenschaftstheorie den „Nichtfachleuten“ vorenthalten wurde, daß die insbesondere Natur- und Sozialwissenschaftler interessierenden Problemkreise Operationalismus und Systemtheorie nicht erwähnt wurden, und durch eine etwas kurz-

schlüssige Parallelisierung Marxismus-Finalismus-Totalitarismus das Problem in seiner Tiefe nicht ausgelotet wurde, was ein adäquates Verstehen vielleicht eher gefördert

hätte als jene Vereinfachungen in pädagogischer Absicht.

Christoph *Hubig*, Berlin